

SEBASTIAN FRIEDRICH/HANNAH SCHULTES

BEDROHUNG SALAFISMUS?

AKTUELLE DEBATTE IN DEUTSCHLAND BEDIENT ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS UND NÜTZT DEM VERFASSUNGSSCHUTZ

Im Frühjahr 2012 wuchs mit der Diskussion über die Koran-Verteilungen in deutschen Großstädten sowie den Auseinandersetzungen zwischen AktivistInnen der Initiative Pro NRW und AnhängerInnen des Salafismus in Bonn und Solingen das mediale und politische Interesse am Thema «Salafismus in Deutschland». Die diskursanalytische Auswertung ausgewählter Beiträge der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zeigt, dass die Debatte im Kontext des hiesigen antimuslimischen Rassismus steht, den Sicherheitsdiskurs bedient und einer extremismustheoretischen Logik folgt. Wesentliche Effekte dieser Debatte sind der Generalverdacht gegenüber der (konstruierten) Gruppe «der Muslime», die teilweise Rehabilitation des Verfassungsschutzes, der durch das Bekanntwerden der NSU-Morde in die Kritik geraten war, und die gleichzeitige Dethematisierung von Rassismus.¹

Seit der Debatte um die Koran-Verteilungen und den Konfrontationen zwischen SalafitInnen² und AktivistInnen von Pro NRW in Bonn und Solingen im April und Mai 2012 ist das Wort Salafismus den meisten Menschen geläufig, auch wenn sie damit wohl kaum mehr als eine vage Vorstellung verbinden. Die vorherrschende Deutung ist: Scheinbar aus dem Nichts tauchte eine «unsere Sicherheit» massiv gefährdende radikale Strömung des Islam auf. IslamwissenschaftlerInnen schätzen, dass lediglich 3.000 bis 5.000 MuslimInnen dem Salafismus zuzurechnen sind. Bei geschätzten vier Millionen MuslimInnen in Deutschland beträgt der Anteil von SalafitInnen daher in etwa 0,1 Prozent, wovon wiederum nur eine Minderheit dem dschihadistischen Flügel zugeordnet wird. Warum erhält eine Promille-Splittergruppe zu diesem Zeitpunkt eine derartige Aufmerksamkeit, und wie ist diese Aufmerksamkeit zu bewerten?

Für die Beantwortung dieser Fragen halten wir eine theologische Bestimmung des Salafismus oder eine soziologische Untersuchung der Sozialstruktur und der Motivationen von SalafitInnen für entbehrlich. Notwendig erscheint hingegen der Blick auf Entwicklung, Kontexte und Effekte der Debatte. Unverzichtbar ist dabei für uns die Thematisierung einer vorgeblichen Zwiespältigkeit: Zwar folgen weite Teile der salafitischen Bewegung einem antiemanzipatorischen Gesellschaftsbild, in der medialen und politischen Fokussierung des Themas setzen sich allerdings antimuslimische Denkmuster fort.

Wie kann eine kritische Analyse der medialen und politischen Verhandlung des Salafismus aussehen, die den Fokus auf die Debatte an sich richtet?

Denn sowohl in einigen linken als auch in hegemonialen Medien und Äußerungen von PolitikerInnen bildete die Frage, wie der Salafismus in seiner Ideologie und Praxis zu bewerten sei, den Ausgangspunkt der meisten Beiträge. Die *Jungle World* etwa brachte auf dem Höhepunkt der Debatte um Salafismus einen Schwerpunkt mit dem Untertitel «Salafisten auf dem Vormarsch» (*Jungle World* Nr. 19/2012). Explizit kritische Beiträge zur staatlichen Ordnungspolitik und Repression gegen SalafitInnen fanden sich weder in dieser noch in anderen Ausgaben. So wurden Abschiebungen und Law-and-Order-Vorstöße in diesem Zusammenhang kaum erwähnt. Eine kritische Betrachtung der Debatte um Salafismus setzt zwei zentrale Einsichten voraus: Diese Debatte findet erstens in einem gesellschaftlichen Raum mit bestimmten Macht- und Herrschaftsverhältnissen und nicht losgelöst von ähnlichen vorangegangenen Debatten und herrschenden Diskursen statt. Für die Diskussionen um Salafismus in den bürgerlichen Medien erscheinen uns drei Diskurse zentral: der Islamdiskurs und der darin zum Ausdruck kommende antimuslimische Rassismus, der durch die Extremismustheorie geprägte Sicherheitsdiskurs und der im Zeichen des Integrationsparadigmas stehende Einwanderungsdiskurs. Die Debatte brachte dabei jedoch keine neuen Deutungsmuster hervor, sondern stärkte und verband bereits vorhandene an-

¹ Wir bedanken uns für kritische Anmerkungen bei Fritz Burschel, John Lütten, Sara Madjlessi-Roudi, Verena Namberger, Andrea Strübe, Regina Wamper und Jens Zimmermann. ² In den letzten Jahren hat sich die Bezeichnung «Salafist» durchgesetzt, während bis in die 2000er Jahre hinein der Begriff «Salafit» dominant war. Das Suffix «-ist» stellt Verbindungen zu anderen negativ besetzten Begriffen wie «Terrorist», «Extremist» und «Islamist» her.

timuslimische, extremismustheoretische und integrationspolitische Aussagen. Die praktischen Konsequenzen der Debatte waren vielfältig. So hielt es etwa Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich für richtig, dass Sanktionen über Sozialleistungen – das heißt Sozialhilfe-Kürzungen oder -Streichungen – für «radikale Salafiten» geprüft werden, und strebte eine Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes an, um Abschiebungen zu erleichtern.³ Über diese Forderungen hinaus wurden seit April 2012 Razzien durchgeführt, Vereine verboten und zwei Salafiten abgeschoben bzw. mit Abschiebung bedroht.

Eine zweite Einsicht besteht darin, dass es spezifische gesellschaftspolitische Effekte der Debatte gibt, die bisher ebenfalls nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Der wesentliche Effekt besteht unserer Auffassung nach in einer Rehabilitation des Verfassungsschutzes, die mit der Dethematisierung von Rassismus einhergeht.

Wir wollen mit diesem Diskussionsbeitrag die Debatte kontextualisieren und in ihren Effekten analysieren und werden dafür im ersten Schritt zeigen, seit wann und in welchen Zusammenhängen Salafismus in Deutschland bisher thematisiert wurde, bevor wir uns anschließend auf die Salafismus-Debatte im Frühling 2012 in den hegemonialen Medien konzentrieren.

SALAFISMUS IN DEN MEDIEN BIS ZU DEN KORAN-VERTEILUNGEN

Den gesamtgesellschaftlichen diskursiven Kontext der Salafismus-Debatte prägen zahlreiche Ereignisse, unter denen insbesondere drei hervorzuheben sind. 2010 zog die Veröffentlichung des Buches «Deutschland schafft sich ab» vom Berliner Ex-Finanzsenator und Ex-Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin eine Debatte nach sich, welche antimuslimischen Rassismus stärkte und eine nachhaltige Einteilung der migratisierten, das heißt als «Migranten» wahrgenommenen Menschen in «Integrationsverweigerer» und «Musterbeispiele gelungener Integration» zur Folge hatte.⁴ Die Anschläge durch einen extrem Rechten in Oslo und Utøya im Juli 2011, die ihren ideologischen Ursprung unter anderem im antimuslimischen Rassismus hatten, wurden in den ersten Reaktionen medial zunächst als «islamistisch» eingestuft, um dann Anders Behring Breivik als «Einzeltäter» entweder zu pathologisieren oder – der Logik der Extremismustheorie folgend – als Rechtsextremen außerhalb der «demokratischen Mitte» zu verorten.⁵ Im November 2011 wurden die Morde des «Nationalsozialistischen Untergrunds» (NSU) aufgedeckt, und seitdem findet eine Debatte um das Versagen des Verfassungsschutzes statt, im Laufe derer auch die Forderung nach dessen Abschaffung diskutiert wurde.

Die Koran-Verteilungen, die verstärkt von April bis Mitte Juni stattfanden, gehen auf das salafitische Netzwerk «Die wahre Religion» zurück. Ziel war es, 25 Millionen Korane in deutschen Städten gratis zu verteilen – bis zum endgültigen Stopp des Auftrags durch die zuständige Druckerei wurden 300.000 Exemplare geliefert. Der im Kontext der Koran-Verteilungen aufbrechenden Salafismus-Debatte gingen einzelne auf den Salafismus bezogene Ereignisse voraus, deren mediale Verhandlung aufschlussreich ist für die hohe Aufmerksamkeit, die das Thema 2012 erfahren hat.

Die Thematisierung des Salafismus beginnt im bundesdeutschen Diskurs erst vor drei Jahren. Sowohl in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) als auch in der *Frankfurter Allge-*

meinen Zeitung (FAZ) bzw. deren Sonntagsausgabe (FAS) wurden SalafitInnen und Salafismus bis 2010 kaum erwähnt.⁶ In den wenigen Fällen, in denen dennoch berichtet wurde, geschah dies fast ausschließlich im Zusammenhang mit außenpolitischen Themen. Die Begriffe «Salafismus», «Salafiten» und «Salafisten» wurden zwischen den Jahren 2000 und 2010 in der FAZ/FAS und in der SZ durchschnittlich in 17 bzw. 12 Beiträgen pro Jahr genannt. Die Zahl der Beiträge stieg in den letzten Jahren schlagartig an: Im Jahr 2011 finden sich 84 (FAZ/FAS) und 94 (SZ) Beiträge, im Jahr 2012 bis zum 31. August sowohl in FAZ/FAS als auch in der SZ jeweils gar 226 Beiträge.⁷ Woher kommt das gesteigerte Interesse?

Da bis einschließlich 2010 Salafismus in Deutschland quantitativ kaum ein Thema war, könnte angenommen werden, dass etwa der Anschlag auf Angehörige der US Air Force im März 2011 durch einen Salafiten in Frankfurt am Main das gesteigerte Medieninteresse hervorgerufen hat. Allerdings stellt dieser Anschlag nicht den Beginn des Medieninteresses dar, sondern eine Reihe von Hintergrundberichten, Reportagen und Porträts über «Konvertiten». In der FAZ und besonders in der FAS wird in der ersten Jahreshälfte 2010 mehrmals auf dieses Phänomen hingewiesen. So stellte Markus Wehner in der FAS am 10. Januar 2010 erstaunt fest, dass in einer Koranschule im Nordjemen mehrheitlich KonvertitInnen aus Deutschland anzutreffen seien. Kurz darauf folgte in der FAZ ein ausführliches Porträt des Konvertiten und Predigers Pierre Vogel, in dem besonders auf dessen Werdegang hingewiesen wird: Ein «kölscher Jung, laut, lustig, herzlich», der zwischenzeitlich als Profi-Boxer auf dem Weg zu einer großen Karriere war, wird zum islamischen Prediger, der an der Universität in Mekka studiert (FAZ, 2.2.2010). Zwei Wochen später schrieb Wehner erneut in der FAS einen ausführlichen Beitrag über «deutsche» Dschihadisten mit dem Titel: «Deutschland sucht den Super-Dschihadisten» (FAS, 14.2.10). In dem Beitrag wird in wenigen Zeilen eine Brücke geschlagen von vermeintlichen Dschihadisten, die von Deutschland aus in den Heiligen Krieg ziehen sollen, zu Schriften etwa von Pierre Vogel und jungen KonvertitInnen, die dessen Schriften auswendig lernen würden. Hier wird – anders als im Porträt über Vogel – kaum zwischen salafitischer Religionsdeutung und konkretem terroristischen Handeln unterschieden.

Zwar gab es bereits vor der Welle der Thematisierung von «Konvertiten» vereinzelt Meldungen über Salafismus in Deutschland, allerdings nur im Zusammenhang von Warnungen des Verfassungsschutzes. Die aufgeregte Konzentration auf «Deutsche», die scheinbar plötzlich zum Islam konvertieren, lässt aus rassismusanalytischer Sicht tief blicken: Das Bild des «Konvertiten» symbolisiert die Angst der weiß-deut-

³ Friedrich dazu wörtlich: «Künftig sollte dies [Abschiebung; S.F./H.S.] schon dann möglich sein, wenn jemand Inhalte verbreitet, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten oder die einer Radikalisierung beziehungsweise Anwerbung zum Terrorismus Vorschub leisten, egal ob aus religiösen oder politischen Motiven» («Radikaler Salafismus ist wie eine harte Droge»). Interview mit Hans-Peter Friedrich, in: Die Welt vom 8.6.2012. ⁴ Vgl. Friedrich, Sebastian/Schultes, Hannah: Von «Musterbeispielen» und «Integrationsverweigerern». Repräsentationen von Migrant_innen in der «Sarrazindebatte», in: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der «Sarrazindebatte», Münster 2011, S. 77–95. ⁵ Wamper, Regina/Jadtschenko, Ekaterina/Jacobsen, Marc: «Das hat doch nichts mit uns zu tun!» Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien, Münster 2011. ⁶ Wir beziehen uns auf die beiden auflagenstärksten deutschen Tageszeitungen SZ und FAZ/FAS, da diese als sogenannte Qualitätsmedien wahrgenommen werden: Den dort verbreiteten Deutungsangeboten kommt eine hohe Glaubwürdigkeit, eine starke meinungsbildende Funktion und Multiplikator-Wirkung zu. ⁷ Berücksichtigt wurden alle Beiträge der Printausgaben der FAZ (inklusive der Sonntagsausgabe FAS) und der SZ. Nicht berücksichtigt wurden im Sinne der Vergleichbarkeit die Online-Beiträge der Zeitungen sowie Regional- und Spezialausgaben.

schen Mehrheitsgesellschaft vor Unterwanderung durch MuslimInnen und den damit verbundenen Verlust der eigenen Dominanz. Während bis dato die (islamische) «Gefahr» entweder als eine von «außen» oder zumindest als eine von «Anderen» (MigrantInnen) ausgehende im Inneren gedeutet wurde, scheint die Vorstellung besonders besorgniserregend, dass Teile der «Wir»-Gruppe sich für Ideen der «Anderen» interessieren oder diese gar den «westlichen Werten» vorziehen könnten. Zum einen wird hauptsächlich über zum Islam Konvertierte berichtet, kaum bis gar nicht aber über Menschen, die sich zu anderen Glaubensrichtungen bekennen. Zum anderen impliziert der Begriff des Konvertiten bzw. der Konvertitin die Annahme, die sich zum Islam Bekennenden hätten sich vorher zu einer anderen Religion bekannt. Der Begriff des «Konvertiten» wird zum Synonym für weiß-deutsche ChristInnen, die zum Islam konvertieren.

Die Diskussionen um Salafismus verschärfen sich nach dem Anschlag in Frankfurt/Main im März 2011. So wird festgestellt, dass für den Attentäter der Salafismus handlungsleitend war, was insbesondere auf seine Facebook-Freundesliste zurückgeführt wurde (FAZ, 22.6.2011). In der FAZ wird darüber hinaus festgestellt, dass das Attentat den Sicherheitsbehörden erneut deutlich zeige, «dass salafistische Propaganda im Internet einen zuvor völlig unauffälligen jungen Mann offenbar binnen weniger Wochen radikalieren kann» (ebd.). Während der Saison der alljährlichen Vorstellungen der Verfassungsschutzberichte der Länder und des Bundes wurde im Juni 2011 über die erneuten Warnungen des Innenministeriums vor dem Salafismus berichtet.

Zentrale Ereignisse für die Debatte um Salafismus stellen allerdings die Koran-Verteilungen ab April 2012 dar und die Auseinandersetzungen mit extremen Rechten von Pro NRW bei Kundgebungen in Bonn und Solingen Anfang Mai. Allein von April bis Juni erschienen in FAZ, FAS und SZ zusammen genommen 286 Beiträge, in denen die Begriffe Salafismus, Salafisten und Salafiten genannt wurden (im Vergleich: Im gesamten Jahr 2011 waren es in SZ und FAZ/FAS 178 und 2010 sogar nur 30 Beiträge). Auf der inhaltlichen Ebene lassen sich 2012 im Vergleich zu den Vorjahren keine wesentlichen neuen Aussagen und Urteile ausmachen, quantitativ hingegen zeigt sich ein sprunghafter Anstieg.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS IM SICHERHEITSDISKURS

Die Dynamiken diskursiver Inklusion und Exklusion und damit die Frage, wer zum nationalen «Wir» dazugehören darf und wer nicht, prägten bereits eine hitzige Debatte nach der Rede des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff zum Tag der Deutschen Einheit 2010. Diese setzen sich nun in Aussagen wie «Der gewalttätige Salafismus gehört nicht zu Deutschland» (SZ, 10.5.2012) oder in der in einem Titel einer «Maischberger»-Sendung gestellten Frage «Gehört dieser Islam zu Deutschland?» fort. Wenn der Salafismus unter dieser Frage verhandelt wird, verdeutlicht dies allerdings vor allem, dass die Konstruktion einer kollektiven deutschen Identität sich gegenwärtig immer noch stark auf die Abgrenzung von tatsächlichen und vermeintlichen MuslimInnen stützt.

Eine zentrale Annahme der Debatte um den Salafismus ist die objektive Existenz der Gruppe der «Muslime» – unter diesen gäbe es «Salafisten», die wiederum in gewaltbereite und nicht gewaltbereite einzuteilen seien. Die Kategorisierung der Bevölkerung nach der nur ungenau erhebbaren Religionszugehörigkeit, die in keiner bestimmbar

Verbindung mit der tatsächlichen Religionsausübung steht, bildet die Grundlage für Rassifizierungsprozesse. Unter Bezug auf Namen, Phänotyp und/oder Kleidungsstücke und andere Merkmale wird Menschen eine islamische Religionszugehörigkeit zugeschrieben. Die «Rassifizierung von Muslim_innen»⁸ äußert sich in einer primären Wahrnehmung als Musliminnen und Muslime und bildet die notwendige Bedingung für alltägliche Diskriminierung auf Basis von antimuslimischem Rassismus, bei dem durch «Essentialisierung, Dichotomisierung und Hierarchisierung [...] die Hybridität, Durchlässigkeit und Dynamik kultureller Identitäten geleugnet» wird.⁹ Auf dieser Grundlage wurden in den letzten Jahren in Deutschland viele andere Themen mit dem Islamdiskurs gekoppelt, was jeweils antimuslimische Effekte zur Folge hatte.¹⁰ So wurde das «Integrationsparadigma» mit damit verbundenen Anforderungen auf angenommene oder tatsächliche Religiosität bezogen und häufig die Inszenierung eines Werte- und Kulturkonflikts fortgeschrieben.¹¹ Weiter wurden selektiv emanzipatorische Argumente genutzt, um die Konzeption des «muslimischen Anderen» als unaufgeklärt und rückständig zu stützen¹² und der neoliberale Unterschichtendiskurs mit dem antimuslimischen Rassismus verbunden.¹³ Diese Deutungsmuster tauchen allesamt auch bei der Debatte um Salafismus auf.

Die problematischen Tendenzen in der medialen und politischen Verhandlung des Salafismus 2011 und 2012 lassen sich in erster Linie auf den bei dem Thema mehrheitlich bedienten Sicherheitsdiskurs zurückführen.

Die insbesondere seit dem 11. September 2001 hergestellte Verbindung von Islam und Terrorismus stärkt die Konstruktion «des gefährlichen Anderen». Vor allem Kopftuch und Bart werden in der medialen Verhandlung des Salafismus immer wieder als Kennzeichen von SalafitInnen hervorgehoben. Auf der Alltagsebene verstärkt diese Deutung bereits etablierter Marker als «salafistisch» die wahrgenommene Haltung von MuslimInnen zum politischen Islam und zum Terrorismus. «Nicht jeder Salafist ist ein Terrorist», verkündeten sowohl der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzes, Heinz Fromm 2011 (zit. nach: SZ, 2.7.2011 und SZ, 17.4.2012), wie auch Innenminister Friedrich 2012 (zit. nach: Die Welt, 8.6.2012). Dieser Allgemeinplatz wurde jeweils mit der Markierung von Terrorismus als salafistisch ergänzt, so meinte zum Beispiel Fromm: «Aber fast alle Terroristen, die wir kennen, hatten Kontakt zu Salafisten oder sind Salafisten» (zit. nach: SZ, 2.7.2011). Diese Sätze erinnern nicht umsonst an den nach den Anschlägen vom 11. September 2001 geprägten Spruch: «Nicht alle Muslime sind Terroristen, aber alle Terroristen sind Muslime.» Die «Initiative Sicherheitspartnerschaft – Gemeinsam mit Muslimen für Sicherheit», eine Kooperation von muslimischen Verbänden mit Sicherheitsbehörden, veranstaltete im Juni 2011 einen «Präventionstreffen». An der Praxis der Sippenhaftung und des Generalver-

⁸ Shooman, Yasemin: Keine Frage des Glaubens. Zur Rassifizierung von «Kultur» und «Religion» im antimuslimischen Rassismus, in: Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, S. 59–76, hier S. 64. ⁹ Ebd. ¹⁰ Friedrich, Sebastian/Schultes, Hannah: Antimuslimische Effekte. Zu den gegenwärtigen Verschränkungen des Islamdiskurses in den Medien, in: Migration und Soziale Arbeit 3/2012, S. 202–209. ¹¹ Hess, Sabine/Moser, Johannes: Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte, in: Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hg.): no integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld 2009, S. 11–25. ¹² Vgl. Karakayali, Serhat: Reflexiver Eurozentrismus. Zwischen diskursiver Kombinatorik und Latenz, in: Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, S. 96–113. ¹³ Friedrich, Sebastian: Die diskursive Erschaffung des «nutzlosen Anderen». Zur Verschränkung von Einwanderungs- und Unterschichtendiskurs, in: Jäger, Margarete/Kauffmann, Heiko (Hg.): Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis, Münster 2012, S. 96–111.

dachts änderten jedoch die Bekenntnisse zum Grundgesetz, die beständige Selbstverpflichtung zur Wachsamkeit und die Distanzierung von Gewalttaten im Namen des politischen Islam nichts. Denn die Diskussion prägt nicht nur die Einteilung in radikale und moderate MuslimInnen, sondern auch die Behauptung «fließender Grenzen»¹⁴ zwischen ihnen. Fernab vom realen politischen Einfluss des Salafismus wird zum Beispiel in der SZ eine schleichende Unterwanderung angedeutet: «Sehr genau sind diese Zahlen nicht, denn die ideologischen Grenzen zwischen den salafistischen Ultras und Vertretern anderer, politisch ebenso bedenklicher oder auch nur konservativer Auslegungen des Islam sind fließend. Klar ist aber: Obwohl die Salafisten nur eine winzige Minderheit unter den etwa vier Millionen Muslimen sind, wächst ihre Bedeutung» (SZ, 17.4.2012).

Distanzierungszwang und eine Kultur des Verdachts bilden die spürbaren Auswirkungen der diskursiven Verbindung von Islam und Terrorismus. Allerdings spiegeln die Distanzierungen von muslimischen Verbänden sich in der sicherheitsbehördlichen Praxis nicht wider: So behauptet der Verfassungsschutz, es gebe ein «islamistisches Personenpotenzial»¹⁵ oder «Islamismuspotenzial»,¹⁶ von dem die überwiegende Mehrheit auf «sogenannte legalistische Vereinigungen», wie zum Beispiel Milli Görüs, entfalle.¹⁷ Die Distanzierung politischer SalafitInnen von Gewalt hingegen bleibt wirkungslos aufgrund der Behauptung fließender Grenzen. Die SZ erweckt den Eindruck, es handle sich zudem um Scheinmanöver: «Die Vertreter des sogenannten politischen Salafismus vermeiden den offenen und strafbaren Aufruf zum bewaffneten Dschihad» (SZ, 10.2.2012). Dabei wird ein Gegensatz zwischen Verführern und Verführten aufgebaut, der einer differenzierten Analyse der Motivationslagen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die salafitische Zusammenhänge attraktiv machen, im Weg steht. So spricht die SZ von «jungen, ihrer selbst nicht sicheren Menschen, die empfänglich sein könnten für eine verführerisch simple Einteilung der komplizierten Welt in Freund und Feind» (SZ, 13.4.2012). Die Koran-Verteilungen bewertet Mathilde Koller, damalige Chefin des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, als «nur vermeintlich harmlos», denn das Ziel sei es, «Jugendliche mit salafistischem Gedankengut zu infiltrieren» (zit. nach: SZ, 11.4.2012).

Der auf den politischen Islam in Deutschland bezogene Sicherheitsdiskurs lebt gerade von seinen Widersprüchen. Auf der einen Seite werden zwei getrennte Gruppen – «radikale» und «moderate Muslime» – konstruiert und versichert, «moderate Muslime» hätten mit dem Salafismus nichts zu tun, auf der anderen werden «fließende Grenzen» behauptet und besondere Einflussmöglichkeiten «moderater Muslime» auf «Radikale» angenommen, sodass die Forderung nach ihrer Isolierung innerhalb einer fiktiven homogenen muslimischen Gemeinde die logische Konsequenz darstellt. Ein zweiter – für Sicherheitsdiskurse typischer – Widerspruch ergibt sich aus der Behauptung einer unkontrollierbaren Bedrohung und dem Versprechen, Sicherheit durch Repression und Kontrolle herzustellen. So wurde die bereits in anderen Zusammenhängen vielfach bemühte Figur des «Schläfers» aktualisiert und vor dem «islamistischen Einzeltäter, der sich über das Internet radikalisiert» (SZ, 27.2.2012), gewarnt. Staatliche Kontrolle und Repression erschienen trotz dieser Ausgangsdiagnose daraufhin als plausible Lösungen. Bezogen auf Bonn und Solingen werden «Auflagen, Platzverweise und frühzeitiger Polizeieinsatz» (SZ, 8.5.2012) befürwortet,

Innenminister Friedrich fordert eine sechsmonatige Vorratsspeicherung (vgl. Die Welt, 8.6.2012). In der SZ vom 10. Mai 2012 wird berichtet, dass auch «mit Ausweisungen [...] das Problem nach Einschätzungen von Experten nicht zu lösen sein» wird. Denn: «Abschieben kann man allenfalls ausländische Salafisten, viele der Extremisten, ob als Muslime aufgewachsen oder zum Islam konvertiert, sind jedoch deutsche Staatsbürger und dürfen nicht des Landes verwiesen werden.» Solche Kontextualisierungen zeigen auf, dass die Anrufung des Staates die Lösungsperspektive dominiert, obgleich die Problemdefinition eine umfassendere ist.

ANTIMUSLIMISCHE EFFEKTE DER EXTREMISMUSTHEORIE

Für die mediale Berichterstattung über den Salafismus war von Beginn an die Kontextualisierung durch Links- und Rechtsextremismus prägend. Sicherheitsbehördliches Vokabular wie «salafistische Bestrebungen» wurden von den Medien unkritisch übernommen. Die vor allem im Kontext der Ausschreitungen in Bonn und Solingen 2012 vorgenommene Gleichsetzung von Salafismus und extrem rechten Gruppen stellt eine deutliche Affirmation extremismustheoretischer Grundannahmen dar. In Bezug auf das Versammlungsrecht heißt es in der SZ: «Extremisten, welcher Couleur auch immer, sollten wissen: Der Rechtsstaat ist tolerant, nicht blöd» (SZ, 8.5.2012). In einem Kommentar in der FAZ (3.5.2012) wird das Bild der sich «wie Magnete» anziehenden «Extremisten» gezeichnet und eine direkte Verbindung zwischen Links- und Rechtsextremismus sowie «Salafisten» hergestellt, während die inhaltlich stark voneinander abweichenden politischen Positionen keine Vergleichsebene darstellen.

Sowohl die staatliche Praxis als auch die mediale Verhandlung des Themas ist allerdings durchzogen von einem Widerspruch: Einerseits wird durch die Zusammenfassung unter die Diagnose «extremistisch» eine Gleichbewertung und -behandlung verschiedener «Extremismen» suggeriert, andererseits besitzt «Islamismus» eine Sonderstellung, was die Kriterien zur sicherheitsbehördlichen Einordnung als Extremismus (Religionsverständnis) und die Prävention betrifft. So fanden zum Beispiel in Brandenburg in den Jahren 2009 bis 2011 19 Veranstaltungen im Rahmen der Reihe «Sicherheitsdialog – Integration, Radikalisierung und Islamismus» (IRIS) in Zusammenarbeit mit der Landesintegrationsbeauftragten statt. Auf Präventionsmaßnahmen bezogen, konstatieren Matthias Rodatz und Jana Scheuring eine aus ihrer Analyse von Materialien des Bundesamtes für Verfassungsschutz hervorgehende politische Strategie der «Integration als Extremismusprävention».¹⁸ Am Beispiel der Deutschen Islamkonferenz, die von Beginn an «Sicherheit und Islamismus» im Rahmen eines Gesprächskreises thematisierte, zeigt sich, wie die Programmatik «Integration als Extremismusprävention» auch den organisierten Dialog zwischen muslimischen Verbänden und Behörden bestimmt. Muslimischen Menschen weist dieser Fokus – auch über eine Umdeutung des Grundgesetzes als christlich-europäisch – einen «prekären Status zwischen bedingter Zugehörigkeit und potenziell

¹⁴ «Radikaler Salafismus ist wie eine harte Droge». Interview mit Hans-Peter Friedrich, in: Die Welt vom 8.6.2012. ¹⁵ BfV – Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2011. Vorabfassung, Berlin 2011, S. 189. ¹⁶ Ebd., S. 191. ¹⁷ Ebd., S. 189. ¹⁸ Rodatz, Matthias/Scheuring, Jana: «Integration als Extremismusprävention». Rassistische Effekte der «wehrhaften Demokratie» bei der Konstruktion eines «islamischen Extremismus», in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung, Macht, Extremismus – Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden: 2011, S. 59–84.

lem Sicherheitsrisiko» zu.¹⁹ Die Debatte um den Salafismus erneuert von der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft ausgehende Integrationsforderungen. Damit die Bekenntnisse zur Verfassung im Deutschen Islamforum auch bei allen MuslimInnen Beachtung finden, müssten auch «Moscheen zu Orten der Integration» werden (SZ, 10.5.12).

Wie unterschiedliche Machtverhältnisse unterschiedliche Effekte der Extremismustheorie hervorbringen, verdeutlicht nicht zuletzt der direkte Vergleich mit dem Rechtsextremismus. Hier stärkt die Problematisierung als Rechtsextremismus den Eindruck, die «demokratische Mitte» sei frei von rassistischen und faschistischen Haltungen. Punktuellen Versuchen, den «Extremismus der Mitte» zu thematisieren, steht die Einschätzung entgegen, es handle sich bei diesen Einstellungen um ein Problem an den «Rändern».²⁰ Beim «Islamismus» und seiner gegenwärtigen Verhandlung in Form des Salafismus tritt der gegenteilige Effekt ein: Ein randständiges Phänomen entfaltet über die Zuordnung zu einer nach vor allem kulturell-rassistischen Kriterien konstruierten Gruppe massive Konsequenzen für ebendiese.²¹

REHABILITATION DES VERFASSUNGSSCHUTZES

Der Diskursverlauf der letzten drei Jahre – weg von einer Pauschalkritik an «muslimischen Integrationsverweigerern» hin zur Thematisierung einer vergleichsweise geringen Zahl von AnhängerInnen einer bestimmten Form des politischen Islam – kann auch als Effekt der Anschläge in Oslo und der Aufdeckung des NSU-Terrors verstanden werden. Der rassistische Hintergrund der Anschläge und der Mordserie zog eine Verschiebung des Fokus nach sich und schien eine Fortsetzung des bisherigen Islamdiskurses für eine gewisse Zeit erst einmal zu verunmöglichen. Wesentliche antimuslimische Aussagen waren aufgrund der genannten diskursiven Ereignisse nicht mehr sagbar. Zum anderen geriet auch die Verfassungsschutzbehörde wegen der offensichtlichen Verfehlungen und Vertuschungen zunehmend unter Druck.

Das Bedrohungsszenario Salafismus rehabilitiert im Effekt den Verfassungsschutz in zweierlei Form: Erstens wird auf die Notwendigkeit von Verfassungsschutzbehörden verwiesen, und zweitens findet eine Dethematisierung von Rassismus statt. Beide Stränge widersprechen den kritischen Auseinandersetzungen um Ineffektivität und Rechtsoffenheit des Verfassungsschutzes im Kontext der NSU-Morde.

In der medialen Thematisierung von Salafismus wurde zu meist auf die Arbeit des Verfassungsschutzes verwiesen, indem in den Medienberichten dessen Einschätzungen und Zahlen zum Salafismus aufgegriffen wurden – Kritik war in diesem Zusammenhang nicht zu vernehmen, fast so, als hätte es die NSU-Morde bei gleichzeitigem Versagen der Behörden nicht gegeben. Die beinahe wöchentlichen Warnungen vor dem Salafismus durch Innenminister Friedrich aktualisierten Bedrohungsszenarien, und die Verbote, Razzien und Abschiebungen stellten symbolisch die Handlungsfähigkeit der Behörden wieder her.

Zugleich schien die Debatte um Salafismus die versprochene Aufarbeitung der NSU-Morde und die Verstrickungen von Behörden in Rassismus von der Agenda zu verdrängen. Beamte der Sicherheitsbehörden sahen den Fokus auf die extreme Rechte bereits vor dem Bekanntwerden der geplanten Koran-Verteilungen kritisch. So berichtete die SZ: «Die islamistische Szene ist, nachdem Ende 2011 die rechte Zwickauer Terrorzelle entdeckt wurde, etwas aus dem Blick der

Öffentlichkeit gerückt. Weil bundesweit der Kampf gegen Rechtsextremismus verstärkt wird, hört man von einigen Beamten sogar schon die Sorge, es könnten zu wenige Kräfte für die Beobachtung militanter Muslime übrig bleiben. Vor allem in einigen ostdeutschen Bundesländern hätten Islamisten derzeit gute Aussichten, unbehelligt von Ermittlern zu agieren und zu agitieren.» (SZ, 19.3.2012)

Durch eine nicht abgesprochene Plakatkampagne des Innenministeriums im Rahmen der «Beratungsstelle Radikalisierung» der «Initiative Sicherheitspartnerschaft» spitzte sich das Verhältnis zwischen Behörden und muslimischen Verbänden kürzlich zu. Vier von sechs muslimischen Verbänden haben mittlerweile die sogenannte «Sicherheitspartnerschaft» aufgekündigt. Die Plakate stellen fiktive Vermisstenanzeigen dar und zeigen Fotografien. Darunter finden sich Texte wie folgender: «Das ist mein Bruder Hassan. Ich vermisse ihn, denn ich erkenne ihn nicht mehr. Er zieht sich immer mehr zurück und wird jeden Tag radikaler. Ich habe Angst ihn ganz zu verlieren – an religiöse Fanatiker und Terrorgruppen.» Von antimuslimischem Rassismus Betroffene wehrten sich in diesem Zusammenhang gegen den verstärkten Fokus auf «radikale Muslime» als Mittel der Dethematisierung von Rassismus: Als Antwort auf die geplante Plakatkampagne entwarfen Mitglieder eines Online-Portals ein Gegenplakat mit dem Foto Enver Şimşeks. «Das ist Enver Şimşek. Er war das erste Opfer der NSU. Wir vermisse ihn und haben Angst, dass die Behörden weiteres Beweismaterial vernichten», heißt es darunter.

UND DIE KRITIK?

Rückblickend wurde die Salafismus-Debatte ab April 2012 von linker Seite kaum kritisch begleitet. Zum Teil wurden politische Konsequenzen kaum bis gar nicht thematisiert, oder es wurden hegemoniale Deutungen und Positionen gestärkt. In beiden Fällen sind vier zentrale Versäumnisse linker Kritik festzustellen: Erstens blieb der Effekt der Rehabilitation des Verfassungsschutzes weitgehend unerkannt. Zweitens wurde kaum Kritik an extremismustheoretischer Logik geäußert. Drittens wurde der Kontext des gesamtgesellschaftlich verankerten antimuslimischen Rassismus ausgeblendet. Viertens wurden konkrete Folgen, wie etwa Abschiebungen, ignoriert.

Dass Diskurse und Aufmerksamkeitskonjunkturen reale Konsequenzen nach sich ziehen, verschwindet gegenwärtig hinter der Frage, wie der Salafismus zu bewerten sei. Diese Konsequenzen bestehen unter anderem in bundesweiten Razzien, Abschiebungen und der Befürwortung von Hartz-IV-Kürzungen für Menschen, die als «Salafisten» gelten. Es verwundert nicht, dass angesichts dessen einige Moscheegemeinden aus Angst vor Repression es eher vermeiden, breite Bündnisse gegen antimuslimischen Rassismus einzugehen, in denen auch Mitglieder von muslimischen Gemeinden aktiv sind, die verdächtig erscheinen. Die Forderung nach «hartem Durchgreifen» sind aus anderen Kontexten bekannt: So sprachen zum Beispiel aufgrund kurdischer Proteste in den 1990er Jahren der damalige Bundespräsident Roman Herzog und Bundeskanzler Helmut Kohl im März 1996 von einem Missbrauch des «Gastrechts»,²² und am

¹⁹ Ebd., S. 185. ²⁰ Vgl. Prüwer, Tobias: Zwischen Skylla und Charybdis: Motive von Maß und Mitte. Über die merkwürdige Plausibilität eines Welt-Bildes – eine genealogische Skizze, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung, Macht, Extremismus, S. 163–190. ²¹ Vgl. Rodatz/Scheuring: «Integration als Extremismusprävention», S. 166. ²² Zit. nach: Schwarz, Tobias: Bedrohung, Gastrecht, Integrationspflicht. Differenzkonstruktionen im deutschen Ausweisungsdiskurs, Bielefeld 2010, S. 159.

20. Juli 1997 forderte Gerhard Schröder in der *Bild am Sonntag* (Schlagzeile: «Raus – und zwar schnell!») die schnelle Abschiebung ausländischer Straftäter. Die öffentliche Diskussion und die staatlichen Maßnahmen konzentrieren sich kurzfristig zwar auf ein neues Objekt («Salafisten»), die diskursiven Legitimationsstrategien sind jedoch die alten. «Integration als Extremismusprävention», die Figur des «Schläfers», Unterwanderungsfantasien, der exklusive Fokus auf Sexismus, der symbolische Ausschluss aus dem «Wir-Kollektiv» Deutschland, Sippenhaft und Distanzierungszwang bilden zentrale Merkmale nicht nur der Debatte um Salafismus, sondern waren auch Bestandteil vergangener Debatten um «die Muslime». Solange sich nur die Objekte, nicht die Aussagen im Islamdiskurs ändern, kann von einer Zurückdrängung von antimuslimischem Rassismus nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Die Konjunkturen von Eingrenzung und Ausweitung der Objekte innerhalb der letzten zwei Jahre lassen erwarten, dass die Aufspaltung in «gute» und «radikale» MuslimInnen jederzeit reversibel ist.

Es gibt medienpolitische Scheindebatten, die von linker Seite getrost ausgeblendet werden können. Diskussionen

allerdings, in denen Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse berührt oder gar gestärkt werden, erfordern eine kritische Beleuchtung. In diesen Fällen sollte eine Analyse der Kontexte und der Effekte stattfinden und danach gefragt werden, ob insgesamt eine Legitimation oder ein Ausbau von Unterdrückungsverhältnissen vorliegen. Für diese Analyse ist der Einbezug direkter und indirekter Konsequenzen für Betroffene unabdingbar. Andernfalls wird sich an der Demontage linker Gesellschaftskritik und Utopie beteiligt.

Sebastian Friedrich ist freier Publizist, Redakteur bei *kritisch-lesen.de* und aktiv bei der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Medienkritik, Diskurstheorie, Rassismusanalyse, Klassenverhältnisse und soziale Bewegungen.

Hannah Schultes ist Sozialwissenschaftlerin, Redakteurin bei *kritisch-lesen.de* und aktiv bei der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP). Zu ihren Interessen zählen Diskurstheorie, Mediendiskurse und kritische Migrations- und Rassismusforschung.

STANDPUNKTE 2012

14/2012

WOLFGANG WIPPERMANN
Verweigerte Wiedergutmachung

13/2012

HELGE MEVES/TOBIAS SCHULZE
Betriebssysteme und die Krise der Demokratie:
Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?

12/2012

MARKUS MOHR
Vier Tage im August

11/2012

ROLF REISSIG
Ein umstrittener Dialog und seine Folgen

10/2012

VOLKER EICK
Hier steuert der Staatsschutz

09/2012

HORST KAHRS, HARALD PÄTZOLT
Zurück zur Wählerschaft

08/2012

DOMINIC HEILIG UND TORSTEN HASELBAUER
Griechenland – vor der Wahl ist nach der Wahl

07/2012

ETHAN YOUNG
Die gekaufte Schlammschlacht

06/2012

ISABEL ERDEM UND WOLFGANG NEŠKOVIĆ
Sanktionen bei Hartz IV: unbedingt verfassungswidrig!

05/2012

MARIO KESSLER/KLAUS LEDERER
DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?

04/2012

RENÉ SCHUSTER
Braunkohlerepublik Brandenburg?

03/2012

ULRICH BUSCH
Finanzindustrie – Begriff,
volkswirtschaftliche Bedeutung, Kritik

02/2012

CHRISTOPH NITZ
Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht

01/2012

VORSTAND DES REPUBLIKANISCHEN
ANWÄLTINNEN- UND ANWÄLTEVEREINS
Rechtsstaat auf sächsisch

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-130 · Fax -122
heine@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: November 2012
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling